

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Stenographischer Dienst und Ausschusssdienst

N i e d e r s c h r i f t

Innen- und Rechtsausschuss

17. WP - 63. Sitzung

am Mittwoch, dem 8. Juni 2011 Uhr, 14:30 Uhr,
im Sitzungszimmer 142 des Landtags

Anwesende Abgeordnete

Thomas Rother (SPD) Vorsitzender
Astrid Damerow (CDU)
Werner Kalinka (CDU)
Petra Nicolaisen (CDU)
Barbara Ostmeier (CDU)
Dr. Kai Dolgner (SPD)
Serpil Midyatli (SPD)
Ingrid Brand-Hückstädt (FDP)
Gerrit Koch (FDP)
Thorsten Fürter (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Heinz-Werner Jezewski (DIE LINKE)
Silke Hinrichsen (SSW)

Fehlende Abgeordnete

Dr. Michael von Abercron (CDU)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. Information des Innenministeriums zur geplanten Demonstration in Brokdorf	6
2. - Entwurf eines Gesetzes zur Neuordnung des Glücksspiels (Glücksspielgesetz)	8
Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU und FDP Drucksache 17/1100	
Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und FDP Umdruck 17/1804	
- Auswirkung der Liberalisierung des Glücksspiels auf das Suchtverhalten	
Bericht der Landesregierung Drucksache 17/1348	
- Schuldner- und Insolvenzberatung stärken	
Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 17/1332	
3. a) Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Gemeindeordnung für Schleswig-Holstein (Gemeindeordnung- GO -) und der Kreisordnung für Schleswig-Holstein (Kreisordnung- KrO -)	10
Gesetzentwurf der Fraktion des SSW Drucksache 17/1335	
b) Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Gemeindeordnung Schleswig-Holstein	
Gesetzentwurf der Fraktion der SPD Drucksache 17/1000	

c) Erhalt der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen gemäß § 47 f der Gemeindeordnung für Schleswig-Holstein

Antrag der Fraktionen der SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE

[Drucksache 17/966](#) (neu) - 2. Fassung

d) Erhalt der hauptamtlichen kommunalen Gleichstellungsbeauftragten in Schleswig-Holstein

Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE

[Drucksache 17/967](#) (neu)

e) Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Wahlen in den Gemeinden und Kreisen in Schleswig-Holstein (Gemeinde- und Kreiswahlgesetz - GKWG)

Gesetzentwurf der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

[Drucksache 17/1256](#) (neu)

Änderungsantrag der Fraktion des SSW

[Drucksache 17/1318](#)

Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE

[Drucksache 17/1319](#)

f) Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Gemeindeordnung für Schleswig-Holstein (Gemeindeordnung - GO -)

Gesetzentwurf der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

[Drucksache 17/1291](#)

4. Initiative für das Ehrenamt in Schleswig-Holstein

12

Antrag der Fraktionen von CDU und FDP

[Drucksache 17/1190](#) Nr. 7

Antrag der Fraktion der SPD

[Drucksache 17/1214](#)

5. Frauen in Führung

13

Antrag der Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE

[Drucksache 17/690](#) (neu)

6. Entwurf eines Gesetzes zur Neuregelung des Besoldungs- und Beamtenversorgungsrechts in Schleswig-Holstein **14**

Gesetzentwurf der Landesregierung

[Drucksache 17/1267](#)

7. Entwurf eines Gesetzes zur Förderung des Mittelstandes (Mittelstandsförderungs- und Vergabegesetz) **15**

Gesetzentwurf der Landesregierung

[Drucksache 17/1159](#)

Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

[Drucksache 17/1227](#)

8. Verschiedenes **16**

Der Vorsitzende, Abg. Rother, eröffnet die Sitzung um 14:35 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Information des Innenministeriums zur geplanten Demonstration in Brokdorf

M Schlie leitet den Bericht des Innenministeriums und der Landespolizei zur geplanten Demonstration in Brokdorf kurz ein. Dabei führt er unter anderem aus, seit gut drei Wochen sei bekannt, dass sich um das Kernkraftwerk in Brokdorf am Pfingstwochenende eine spezielle Lage ankündige, auf die die Landespolizei entsprechend reagieren müsse. Es werde nicht nur zu Demonstrationen kommen, sondern es sei auch schon öffentlich angekündigt worden, dass versucht werden solle, das Kernkraftwerk zu blockieren. Zu dieser Zeit finde dort die turnusmäßige Revision statt, für die es einen festen Zeitplan gebe und an der bis zu 1.500 dritte Personen beteiligt seien, die für die Revision das Kraftwerk zu unterschiedlichen Zeiten betreten und wieder verlassen können müssten. Dies stelle eine besondere Situation dar.

Er weist darauf hin, dass für die angekündigten Demonstrationen vor dem Hintergrund der zwischenzeitlich geführten Gespräche zur Demonstrationsbeobachtung von Abgeordneten ein Verfahren gefunden worden sei, das durch Schreiben an den Landtagspräsidenten, an den Bundestagspräsidenten und auch an die Abgeordneten bekannt gemacht worden sei. Es werde eine Anlaufstelle für Abgeordnete geben, die den Beobachterstatus wahrnehmen wollten. Das gelte natürlich nur für Einzelpersonen. Es werde nicht möglich sein, Gruppenführungen im Zusammenhang mit den Demonstrationsgeschehnissen bei der Polizei durchzuführen.

Herr Kripigans und Herr Gutt vom Landespolizeiamt sowie Herr Böckel, zuständiger Leiter bei der Polizeidirektion Itzehoe, stellen dem Ausschuss sodann die Vorbereitungen der Landespolizei für den erwarteten Einsatz vor, der unter Leitung der Landespolizei stattfinde. Sie führen dabei unter anderem aus, für diesen Einsatz seien rund 2.000 Kolleginnen und Kollegen zusammengezogen worden. Nach dem aktuellen Stand gebe es drei Anmeldungen für Demonstrationen und Aktionen. Dazu zähle die Anmeldung des Aktionsbündnisses „Anti-atomkraft Untereibe“, das eine Demonstration mit circa 1.500 Teilnehmern angemeldet habe. Für die Durchführung dieser Demonstration sehe die Polizei keine großen Probleme. Darüber hinaus hätten auch zwei Privatpersonen sogenannte Mahnwachen im Großraum Brokdorf, direkt am AKW und Wohncamps angemeldet. Die Anmelder machten keinen Hehl daraus,

dass es dabei darum gehe, das AKW dauerhaft zu blockieren, um die Revision zielgerichtet zu verhindern. Mit den Anmeldern habe es einen offenen Austausch mit der Polizei gegeben, in dem diese deutlich gemacht habe, wann die Polizei eingreifen müsse. Besondere Sorge bereiteten jedoch - so Herr Böckel weiter - die Ankündigungen im Internet des sogenannten „Block Brokdorf“. Die Polizei rechne damit, dass sie zu einem bestimmten Zeitraum werde den Eingangsbereich des Kernkraftwerkes räumen müssen. Hierzu habe es schon Gespräche mit dem AKW-Betreiber gegeben.

M Schlie erklärt, man habe mit dem Betreiber des Kernkraftwerkes und der Atomaufsicht Gespräche geführt und gefragt, ob die Revision tatsächlich an diesem Wochenende stattfinden müsse. Es habe die Auskunft gegeben, ja, das müsse sein. Entsprechend werde man sich jetzt aufseiten der Landespolizei auf die Lage einrichten.

Herr Gutt geht sodann auf die taktischen Vorgaben für den Polizeieinsatz näher ein. Er stellt fest, insgesamt werde man defensiv vorgehen, also keine Pferde, Hubschrauber und Diensthunde einsetzen. Die circa 2.200 Polizeikräfte seien in der Wilstermarsch präsent, ansonsten werde sich die Polizei zurückhalten, scheue sich aber nicht, rechtsstaatlich zulässige Mittel wenn nötig einzusetzen.

Der Ausschuss begrüßt die Information durch die Landespolizei und den Innenminister im Vorfeld der Ereignisse.

Punkt 2 der Tagesordnung:

- **Entwurf eines Gesetzes zur Neuordnung des Glücksspiels (Glücksspielgesetz)**

Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU und FDP

[Drucksache 17/1100](#)

Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und FDP

[Umdruck 17/1804](#)

- **Auswirkung der Liberalisierung des Glücksspiels auf das Suchtverhalten**

Bericht der Landesregierung

[Drucksache 17/1348](#)

(überwiesen am 17. Dezember 2010 an den **Innen- und Rechtsausschuss**, an den Finanzausschuss, an den Wirtschaftsausschuss, an den Europaausschuss und an den Sozialausschuss)

- **Schuldner- und Insolvenzberatung stärken**

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

[Drucksache 17/1332](#)

(überwiesen am 24. März 2011 an den **Sozialausschuss** und an den Innen- und Rechtsausschuss)

hierzu: [Umdrucke 17/1804](#), [17/1805](#), [17/1809](#), [17/1814](#), [17/1961](#), [17/1967](#),
[17/1975](#), [17/2000](#), [17/2010](#), [17/2031](#), [17/2049](#), [17/2065](#),
[17/2067](#), [17/2080](#), [17/2094](#), [17/2098](#), [17/2100](#), [17/2101](#),
[17/2103](#), [17/2118](#), [17/2120](#), [17/2121](#), [17/2122](#), [17/2127](#),
[17/2128](#), [17/2132](#), [17/2138](#), [17/2145](#), [17/2151](#), [17/2155](#),
[17/2164](#), [17/2173](#), [17/2180](#), [17/2181](#), [17/2182](#), [17/2183](#),
[17/2184](#), [17/2193](#), [17/2194](#), [17/2195](#), [17/2196](#), [17/2197](#),
[17/2198](#), [17/2200](#), [17/2207](#), [17/2208](#), [17/2209](#), [17/2210](#),
[17/2211](#), [17/2212](#), [17/2215](#), [17/2216](#), [17/2217](#), [17/2219](#),
[17/2225](#), [17/2230](#), [17/2232](#), [17/2233](#), [17/2235](#), [17/2237](#),
[17/2238](#), [17/2241](#), [17/2250](#), [17/2257](#), [17/2259](#), [17/2263](#),
[17/2267](#), [17/2291](#), [17/2292](#), [17/2293](#), [17/2322](#), [17/2340](#),
[17/2341](#), [17/2349](#), [17/2352](#), [17/2388](#), [17/2391](#), [17/2410](#),
[17/2416](#), [17/2419](#), [17/2422](#), [17/2423](#), [17/2456](#)

Auf Vorschlag von Abg. G. Koch kommt der Ausschuss überein, seine Beratungen zum Gesetzentwurf zur Neuordnung des Glücksspiels, [Drucksache 17/1100](#), und den dazu vorliegenden weiteren Vorlagen auf seine Sitzung am 15. Juni 2011 zu vertagen.

Punkt 3 der Tagesordnung:

a) Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Gemeindeordnung für Schleswig-Holstein (Gemeindeordnung- GO -) und der Kreisordnung für Schleswig-Holstein (Kreisordnung- KrO -)

Gesetzentwurf der Fraktion des SSW

[Drucksache 17/1335](#)

(überwiesen am 25. März 2011)

b) Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Gemeindeordnung Schleswig-Holstein

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD

[Drucksache 17/1000](#)

(überwiesen am 19. November 2010)

c) Erhalt der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen gemäß § 47 f der Gemeindeordnung für Schleswig-Holstein

Antrag der Fraktionen der SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE

[Drucksache 17/966](#) (neu) - 2. Fassung

(überwiesen am 19. November 2010 an den **Innen- und Rechtsausschuss** und an den Sozialausschuss)

d) Erhalt der hauptamtlichen kommunalen Gleichstellungsbeauftragten in Schleswig-Holstein

Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE

[Drucksache 17/967](#) (neu)

(überwiesen am 19. November 2010 an den **Innen- und Rechtsausschuss** und an den Sozialausschuss)

e) Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Wahlen in den Gemeinden und Kreisen in Schleswig-Holstein (Gemeinde- und Kreiswahlgesetz - GKWG)

Gesetzentwurf der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
[Drucksache 17/1256](#) (neu)

Änderungsantrag der Fraktion des SSW
[Drucksache 17/1318](#)

Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE
[Drucksache 17/1319](#)

(überwiesen am 24. Februar 2011)

f) Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Gemeindeordnung für Schleswig-Holstein (Gemeindeordnung - GO -)

Gesetzentwurf der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
[Drucksache 17/1291](#)

(überwiesen am 25. Februar 2011)

hierzu: [Umdrucke 17/1535](#), [17/1663](#)

Abg. Dr. Dolgner schlägt vor, zunächst die Vorlage des Gesetzentwurfs der Landesregierung abzuwarten und die unter diesem Tagesordnungspunkt gesammelten Vorlagen in dem Zusammenhang dann nach der Sommerpause wieder aufzurufen.

Abg. Kalinka regt an, sich schon einmal Gedanken über den Zeitplan der Beratungen im nächsten Halbjahr zu machen, insbesondere schon einmal einen Termin für eine mündliche Anhörung einzuplanen.

Die Ausschussmitglieder stimmen diesen Verfahrensvorschlägen zu.

Punkt 4 der Tagesordnung:

Initiative für das Ehrenamt in Schleswig-Holstein

Antrag der Fraktionen von CDU und FDP

[Drucksache 17/1190](#) Nr. 7

Antrag der Fraktion der SPD

[Drucksache 17/1214](#)

(überwiesen am 28. Januar 2011)

hierzu: [Umdrucke 17/1981, 17/2041, 17/2051, 17/2052, 17/2075, 17/2081, 17/2090, 17/2105, 17/2109, 17/2137, 17/2141, 17/2152, 17/2153, 17/2154, 17/2156, 17/2157, 17/2170, 17/2171, 17/2174, 17/2185, 17/2186, 17/2187, 17/2188 \(neu\), 17/2189, 17/2228, 17/2229, 17/2231, 17/2236, 17/2239, 17/2265, 17/2266, 17/2294, 17/2297, 17/2305, 17/2311, 17/2368](#)

Die Geschäftsführerin des Ausschusses wird gebeten, eine synoptische Auswertung der Ergebnisse der schriftlichen Anhörung zur Antrag der Fraktionen von CDU und FDP, Initiative für das Ehrenamt in Schleswig-Holstein, [Drucksache 17/1190](#) Nr. 7 und zu dem dazu vorliegenden Antrag der Fraktion der SPD, [Drucksache 17/1214](#), zu erarbeiten. Die Ausschussmitglieder nehmen außerdem in Aussicht, eine mündliche Anhörung zu der Vorlage durchzuführen.

Die Geschäftsführung des Ausschusses wird gebeten, zur nächsten Sitzung einen Vorschlag für die Struktur der Auswertung der schriftlichen Anhörungsergebnisse vorzulegen. Die Ausschussmitglieder beschließen, danach auch schon den Termin für die mündliche Anhörung festzulegen.

Punkt 5 der Tagesordnung:

Frauen in Führung

Antrag der Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE
[Drucksache 17/690](#) (neu)

(überwiesen am 8. Juli 2010 an den **Innen- und Rechtsausschuss** und an den
Wirtschaftsausschuss)

Der Ausschuss schließt seine Beratungen zum Antrag der Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE, Frauen in Führung, [Drucksache 17/690](#) (neu), ab.

In einer Einzelabstimmung der einzelnen Nummern des Antrages werden die Nummern 1, 3, 4, 5 und 6 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE und SSW dem Landtag zur Ablehnung empfohlen. Die Nummer 2 des Antrags wird mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE und SSW bei Enthaltung der Stimmen der Fraktion der SPD dem Landtag zur Ablehnung empfohlen.

Damit empfiehlt der Ausschuss dem Landtag mehrheitlich, den gesamten Antrag der Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE, Frauen in Führung, [Drucksache 17/690](#) (neu), abzulehnen.

Punkt 6 der Tagesordnung:

Entwurf eines Gesetzes zur Neuregelung des Besoldungs- und Beamtenversorgungsrechts in Schleswig-Holstein

Gesetzentwurf der Landesregierung

[Drucksache 17/1267](#)

(überwiesen am 25. Februar 2011 an den **Finanzausschuss** und den Innen- und Rechtsausschuss)

hierzu: [Umdrucke 17/2084](#), [17/2310](#), [17/2350](#), [17/2351](#), [17/2365](#), [17/2369](#),
[17/2370](#), [17/2371](#), [17/2373](#), [17/2374](#), [17/2375](#), [17/2376](#),
[17/2393](#), [17/2397](#), [17/2399](#), [17/2409](#)

Abg. Kalinka erklärt, hierzu sei noch eine Vorlage des Finanzministeriums angekündigt worden. Er schlägt vor, bis zur Vorlage dieser Stellungnahme die weiteren Beratungen zu vertagen. - Der Ausschuss stimmt diesem Verfahrensvorschlag zu.

Punkt 7 der Tagesordnung:

Entwurf eines Gesetzes zur Förderung des Mittelstandes (Mittelstandsförderungs- und Vergabegesetz)

Gesetzentwurf der Landesregierung

[Drucksache 17/1159](#)

Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

[Drucksache 17/1227](#)

(überwiesen am 27. Januar 2011 an den **Wirtschaftsausschuss**, den **Finanzausschuss** und den **Innen- und Rechtsausschuss**)

hierzu: [Umdrucke 17/1941](#), [17/1942](#), [17/1972](#), [17/1973](#), [17/1993](#), [17/2275](#),
[17/2276](#), [17/2278](#), [17/2298](#), [17/2315](#), [17/2316](#), [17/2317](#),
[17/2318](#), [17/2319](#), [17/2320](#), [17/2326](#), [17/2329](#), [17/2330](#),
[17/2331](#), [17/2332](#), [17/2333](#), [17/2359](#), [17/2372](#), [17/2411](#)

Der Ausschuss schließt seine Beratungen zum Gesetzentwurf der Landesregierung für ein Mittelstandsförderungs- und Vergabegesetz, [Drucksache 17/1159](#), und zu dem dazu vorliegenden Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, [Drucksache 17/1227](#), ab. Er beschließt, hierzu kein eigenes Votum abzugeben, sondern sich dem Votum des federführenden Wirtschaftsausschusses anzuschließen.

Punkt 8 der Tagesordnung:

Verschiedenes

Die Ausschussmitglieder kommen überein, zu ihrer nächsten Sitzung den Flüchtlingsbeauftragten einzuladen und mit ihm über die von ihm übersandte Broschüre „Unterbringungssituation von Asylsuchenden in den Kreisen und kreisfreien Städten in Schleswig-Holstein“, [Umdruck 17/2463](#), zu beraten.

In seiner nächsten oder übernächsten Sitzung wird der Ausschuss außerdem einen Sachstandsbericht des Ministeriums für Justiz, Gleichstellung und Integration zur Umsetzung der Haushaltsbeschlüsse 2012 für die Frauenberatungsstellen und Frauennotrufe in Schleswig-Holstein sowie zur Problematik der Finanzierung des Frauenhauses Wedel nach der Gleichstellungs- und Frauenministerkonferenz am 16. Juni 2011, Antrag der Abg. Hinrichsen, [Umdruck 17/2499](#), entgegen nehmen.

Die Ausschussmitglieder beschließen, das Schreiben des Abg. Kalinka mit einem Vorschlag zur Systematisierung der Gemeindeordnung, [Umdruck 17/2475](#), im Zusammenhang mit den anderen Vorlagen zur Neuregelung der Amtsordnung und der Gemeindeordnung in Schleswig-Holstein zu beraten.

Der Vorsitzende, Abg. Rother, schließt die Sitzung um 15:35 Uhr.

gez. Thomas Rother
Vorsitzender

gez. Dörte Schönfelder
Geschäfts- und Protokollführerin